Magazin der Grünen Hochschulgruppe Karlsruhe



WiSe 2011/2012 ghg-karlsruhe.de



EDITORIAL

a.s.: im Innenteil erwartet euch eine äußerst informative wie attraktive Beilage

Liebe Leserschaft,

wie immer erwartet uns die Quappe völlig anders als im Jahr zuvor. Denn ganz im Gegensatz zu dem bei uns gerne positiv diskutierten Prinzip der Wirtschaftsschrumpfung, haben wir uns mal wieder für dicker, besser, selbes Format entschieden. Nunja, besser wollen wir hoffen, denn zumindest seitenzahlmäßig sind wir über den heiligen Gral des ökologischen Drucks [32 Seiten] hinausgeschossen, da muss die Qualität stimmen.

Inhaltlich erwartet uns auf der Gesellschaftsutopieirgendwasseite ein aufgeräumter Philosophiediskurs zur Vereinbarkeit von Gleichheit und Freiheit [wie soll das nur gehen?], ein konsensfähiger Tritt in den Hintern des aktuellen Lieblingsweltfeindes Nummer 1 Kapitalismus, während wir um Überleben oder Tod dessen bibbern, um uns später zu fragen, wieso die Kleinfamilie in den Augen mancher PolitikerInnen immer noch das elementarste Element Deutschlands sein soll.

Außerdem kommt die Hochschulpolitik zu Wort und wir erfahren wie das KIT auf den Atomfrieden hinarbeitet und dabei von multinationalen Konzernen tatkräftig unterstützt wird.

Nachdem uns das dann sauer aufgestoßen ist und wir unser Leben umgekrempelt haben, wenn unser Strom endlich grün gewaschen bei uns zu Hause ankommt, nicht nur Steve Jobs, sondern auch Apple tot ist und wir in recycletem Nerz fairgetreides Brot essend freie Software für freie Menschen für die Freiheit der Menschen verwenden, werden wir feststellen, wie erschütternd es sein kann, von einem Erdbeben aus dem Leben geworfen zu werden, den Realitätsbezug von Horrorfilmen zu erkennen und zu verstehen, dass das Happy End nicht selbstverständlich ist.

Zu guter Letzt sei noch zu erwähnen, dass wir unser geliebtes wie beliebtes wir haben uns alle lieb-Hätscheltierchen auf der Titelseite einer gnadenlosen Geometriekur unterzogen haben. Marginalisiert zum Punkt, da kommen einem die Tränen. groß, rund und kreisförmig.

Eine interessante Lektüre wünscht Euch Eure Grüne Hochschulgruppe

Impressum

Herausgeber

Grüne Hochschulgruppe UStA Uni Karlsruhe Adenauerring 1 76131 Karlsruhe

V.I.S.D.P.

Yannick Oster

Redaktionsleitung

Simon Bläsi, Yannick Oster

Redaktion

Alexander Koch, Christian Zimmermann, Christian Zimpelmann, Julius Schlagenhauf, Kay Schäfer, Patrick Haase, Rik Amberger, Samuel Karrer, Simon Bläsi, Wolfgang Biener, Yannick Oster

Werbung

Kay Schäfer, Rik Amberger

Layout und Cover

Kay Schäfer, Simon Bläsi, Yannick Oster

Auflage

1200 Exemplare

Druck

Druckcoop Karlsruhe

Kontakt

info@ghg-karlsruhe.de

Internet

ghg-karlsruhe.de facebook.com/ghgkarlsruhe

STUPA-WAHL

Es ist leider nicht überliefert, ob Hans Filbinger, CDU-Ministerpräsident Baden-Württembergs von 1966-1978 und ehemaliger NS-Marinerichter, Tucholskys Ausspruch im Sinn hatte, als er 1977 die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft veranlasste. Der Demokrat Filbinger hatte für diese Maßnahme auch eine Reihe von schlüssigen Gründen, wie z.B. die Tatsache, dass ihm die Zusammensetzung der gewählten Studierendenvertretungen schlicht nicht passte, denn "[...] wenn es uns gelänge, mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union die ASten zu besetzen, wäre die Lage [bezüglich der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft] anders."[1] Welche Maßnahmen würden dem ehemaligen Ministerpräsidenten wohl angesichts einer grün-roten Landesregierung legitim erscheinen?

Zum Glück gibt es nur eine Konstante im Leben, nämlich dass nichts bleibt wie es ist, und so befindet sich die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mehr als 30 Jahre nach ihrer Abschaffung in greifbarer Nähe. Gemäß dem Koalitionsvertrag von Bündnis90/Die Grünen und der SPD wird die Verfasste Studierendenschaft voraussichtlich im Laufe des Jahres 2012 wieder eingeführt [2]. Wie genau sie ausgestaltet sein wird, steht noch in den Sternen. Damit die Verfasste Studierendenschaft diesen Namen auch verdient, ist die Einbindung der Studierenden bei der Ausarbeitung des notwendigen Gesetzes von zentraler Bedeutung.

Die unabhängige Studierendenvertretung des KIT wird sich an diesem Prozess beteiligen. Im Gegensatz zu den meisten anderen baden-württembergischen Hochschulen gibt es hier bereits seit über 30 Jahre eine unabhängige Studierendenvertretung. Angesichts der historischen Chance, auch die Hochschulen Baden-Württembergs wieder zu einem Ort demokratischer Mitbestimmung zu machen, ist es essentiell, den vorhandenen Studierendenvertretungen den Rücken zu stärken. In Bezug auf Karlsruhe bedeutet dies, dass die Beteiligung an den unabhängigen Wahlen möglichst hoch ausfällt.

Es liegt also in euren Händen: Nehmt vom 16. bis 20. Januar 2012 an den Wahlen zum Studierendenparlament und den Fachschaftssprecher/innen teil und zeigt damit, dass ihr eine demokratisch legitimierte und voll handlungsfähige Studierendenvertretung wollt.

Christian Zimmermann

- [1] Filbinger, Hans 1977; aus: Faltblatt des u-as ta Freiburg: "Du bist mundtot - Warum die Ver fasste Studierendenschaft in Baden-Württem berg wieder eingeführt werden muss"
- [2] vgl. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis90/Die Grünen Baden Württemberg und SPD Baden-Württemberg für die Legislaturperiode 2011-2016; S. 12

Die Verfasste Studierendenschaft wurde 1977 in Baden-Württemberg und 1973 in Bayern abgeschafft. Im Zuge dessen wurde das studentische Vermögen eingezogen. In allen anderen deutschen Bundesländern existiert nach wie vor eine Verfasste Studierendenschaft, während es in Bayern und Baden-Württemberg nur eine weitestgehend rechtlose Rumpfstudierendenvertretung gibt. Diese darf sich in Baden-Württemberg nur zu sozialen, kulturellen und sportlichen Belangen der Studierenden äußern. Zu den Eckpunkten der einzuführenden Verfassten Studierendenschaft gehören ein politisches Mandat, Satzungsautonomie, Finanzautonomie und die demokratische Legitimierung durch Wahlen. Vom Studierendenparlament des KIT wurde ein Arbeitskreis zur Verfassten Studierendenschaft eingerichtet, welcher sich derzeit mit der Erarbeitung einer Satzung für die Studierendenschaft beschäftigt.

ZIVILKLAUSEL

Studierende höheren Semesters können sich vielleicht noch an eine vom UStA organisierte, Urabstimmung zur sogenannten Zivilklausel erinnern. "In das Gesetz für das Karlsruhe Institute of Technology (KIT) soll die Bestimmung aufgenommen werden "Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke."[1] Im Januar 2009 stimmten 63% der Studierenden dieser Aussage zu.

Doch warum war diese Abstimmung überhaupt notwendig?

Dazu müssen wir einen Blick zurück in die Anfangsjahre der Bundesrepublik werfen. Im Jahre 1956 entstand im Hardtwald, 10km nördlich der Stadt, das Kernforschungszentrum Karlsruhe. Da es aufgrund der geschichtlichen Erfahrung in Deutschland undenkbar war, Kern- und Waffenforschung unter einem Dach durchzuführen, schrieb sich das Kernforschungszentrum den kleinen aber entscheidenden Satz "Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke"[2] in ihren Gesellschaftsvertrag. Dieser Satz ist auch als Zivilklausel bekannt. Im Laufe der Jahre wurde die Atomenergie in der Bevölkerung immer unbeliebter und so änderte sich die Ausrichtung und auch der Name in Forschungszentrum Karlsruhe (FZK). 2009 schloss sich die Universität Karlsruhe mit dem FZK zum heutigen Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zusammen. Schon im Vorfeld begann die heftige Auseinandersetzung um die Ausweitung der Zivilklausel auf das gesamte KIT. Da an einigen Instituten der Universität Militärforschung durchgeführt wird [3], besteht hier die Angst, potente Geldgeber zu verlieren.

Mit der oben erwähnten Urabstimmung positionierte sich die Studierendenschaft eindeutig und zeigte nebenbei, wie eine demokratische Universität aussehen könnte. Obwohl sich mit den Studierenden die größte Gruppe am KIT für die Zivilklausel einsetzt, verhinderte eine Mehrheit im Senat die Aufnahme dieser Klausel in die gemeinsame Satzung.

Nach der Landtagswahl im März 2011 und dem daraus resultierenden Regierungswechsel in Stuttgart bekam die Diskussion eine neue Wendung, so die berechtigte Hoffnung. Sowohl die Grünen wie auch die SPD versprachen in ihren Wahlprogrammen[4], sich für eine Zivilklausel einzusetzen. Zusätzlich unterstützten im Jahr vor der Wahl die heutige Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und der heutige Ministerpräsident Winfried Kretschmann einen Aufruf[5] zur ausschließlich friedlichen Forschung am KIT. Kaum im Amt, erklärte sich die Ministerin für nicht zuständig: "Aber wir werden nicht als Gesetzgeber die Vorgaben machen, was das richtige Forschungsprogramm ist und was nicht."[6] Ob ihr Einsatz für zivile Forschung und Lehre vor der Wahl ernst gemeint war, kann nach einem Gespräch mit der Badischen Zeitung[7] bezweifelt werden. Dort verkündete Ministerin Bauer:"In der Hochschulpolitik waren wir Grünen meist näher an den Schwarzen als an der SPD". Ob diese Auffassung von der Mehrheit ihrer Parteifreund innen geteilt wird, ist eine andere Frage.

Doch wenn am KIT auch ohne Unterstützung aus dem Ministerium noch die Zivilklausel eingeführt werden würde, wäre dies noch keine Garantie für einen Campus ohne Beeinflussung von Militär und Rüstungsfirmen. Das zeigt die Universität Tübingen. Dort wurde auf Drängen der Besetzer_innen während den Bildungsprotesten im Herbst 2009 eine Zivilklausel[8] in der Präambel der Grundordnung implementiert. Trotz allem wurde der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaften ernannt. Zudem wird weiterhin an Drohnen und im Bereich der Wehrmedizin geforscht [9].

Da keine Unterstützung von Seiten der Regierenden zu erwarten ist, ist es notwendig, dass sich die Basisbewegungen artikulieren und zusammenschließen, um politischen Druck aufzubauen und die gewählten Parteien an ihre Versprechen zu erinnern. Gefordert werden muss eine landesweite Zivilklausel für Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Ebenso müssen die bestehenden Zivilklauseln gestärkt und eine Uminterpretation zu einer .Friedensklausel' verhindert werden. Ein erster Schritt wurde mit einem Kongress Ende Oktober 2011 in Tübingen getan [10].

Samuel Karrer

- [1] http://www.usta.de/umodell/stupa/beschlusssammlung/zivilklausel
- [2] §2 (Gegenstand und Zweck der Gesellschaft)
- [3] Vortrag des ITE "IndoorGuide: A Multi-Sensor Indoor Navigation System with Mapping Capabilities" bei der 'Urban Operations Conference'

- http://www.urban-operations-conference.com
- [4] Landtagswahlprogramm B'90/Die Grünen, Sei te 41, "Die Forschungseinrichtungen, Universi täten und Hochschulen des Landes sollen aus schließlich friedliche Zwecke verfolgen.
- [5] PM der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten vom 17. März 2010
- [6] Radio Regenbogen Interview am 18.8.11
- [7] Badische Zeitung 21. Mai 2011: T. Bauer: "Das ist mein Wunschressort"
- [8] Präambel der Grundordnung der Universität Tübingen: "Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken die nen. [...]und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."
- [9] taz 16.9.11, Frieden schaffen mit Chemiewaffen' [10] http://zivilklauselkongress.blogsport.de/

Wir drucken seit 9 Jahren mit Ökostrom

und seit Anfang 2010 sparen wir durch die Umstellung der Produktion bei der Druckplattenherstellung jährlich 2.500 kg Chemieabfälle und 50 m³ Frischwasser ein...

...wir bleiben am Ball!





Was macht Ihr Geld in erneuerbaren Energien? Sinn.

Die GLS Bank wurde 1974 als erste sozial-ökologische Universalbank der Welt mit einer klaren Aufgabe gegründet: Geld soll für die Menschen da sein. Deshalb fließt es bei uns ausschließlich in sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Vorhaben. Als erste Bank haben wir dazu transparent gemacht, wo und was wir finanzieren.



das macht Sinn

DRITTMITTELFORSCHUNG

Im Mai 2011 erregte ein von der taz veröffentlichter Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Bank, der Humboldt Universität und der TU Berlin Aufmerksamkeit. Im Zuge dieses Vertrages wurde die Gründung eines gemeinsamen Instituts namens "Quantitative Products Laboratory" vereinbart. Teil der Vereinbarung waren ein Mitspracherecht der Deutschen Bank bei der Berufung der Professor/innen sowie die Einbindung von Bankmitarbeiter/innen in die Lehre, mitsamt der Befugnis, Prüfungen abzunehmen. Des Weiteren wurde vertraglich geregelt, dass "alle Forschungsergebnisse der Universitäten oder ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die im Rahmen der zwischen den Vertragspartnern abgestimmten Forschungsprojekte entstehen, [...] der Deutschen Bank [...] zur Freigabe vorzulegen" [1] sind.

Solche Praktiken sind in der deutschen Hochschullandschaft heute Gang und Gäbe. Einen beachtlichen Anteil ihres Haushalts bestreiten die deutschen Hochschulen mit Zweit- und Drittmitteln, Tendenz steigend. Diese Mittel kommen aus der Wirtschaft (Drittmittel) und von staatlichen Zuwendungsgebern (Zweitmittel), wie z.B. der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) oder dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Eine grundlegende Eigenschaft von Zweit- und Drittmittel ist, dass sie projektbezogen vergeben werden, d.h. insbesondere zeitlich befristet sind. Während Zweitmittel auf Basis eines streng geregelten Verfahrens vergeben werden, wird die Vergabe von Drittmitteln in der Regel individuell mit den Forschenden vereinbart. Beide Zuwendungsarten sind dabei nur für die Forschung und nicht für die Lehre bestimmt. Demgegenüber stellen die Erstmittel die dauerhafte staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen dar, die sowohl für die Finanzierung der Forschung als auch der Lehre gedacht sind.

Kritisch zu sehen sind hierbei im Speziellen die Drittmittel. Diese bergen die Gefahr, dass staatliche Forschung durch die Wirtschaft beeinflusst wird. Insbesondere ergibt sich dadurch das Risiko, dass die Unabhängigkeit der Wissenschaft nicht mehr gewährleistet ist, wie das Beispiel aus Berlin zeigt. Die Beeinflussung betrifft aber nicht nur die Unabhängigkeit der Forschung, sondern auch deren Ausrichtung. Gleichwohl bietet sich der Vorteil, dass Impulse und Know-How aus der Wirtschaft dem staatlichen Forschungsbetrieb zu Gute kommen. Drittmittel fließen überwiegend in die anwendungsorientierte Forschung. Dies führt dazu, dass die Hochschulen vor allen Dingen anwendungsorientierte und ökonomisch interessante Forschungsbereiche ausbauen. Gerade der oftmals vorhandene Zwang, ökonomisch verwertbare Ergebnisse zu liefern, unterwirft die Forscher/innen einer gewissen Erfolgskontrolle. Diese kann je nach Fall auch positiv sein.

Die Vergabe von Drittmitteln unterliegt keiner öffentlichen Prüfung, so dass unter Umständen auf diese Weise Forschung finanziert wird, der die Gesellschaft kritisch gegenüber steht. Es gibt zwar Möglichkeiten, unliebsame Drittmittelforschung zu unterbinden (Zivilklausel), diese werden aber meist unter Verweis auf die Freiheit der Forschung nicht eingesetzt. Wie man am Berliner Beispiel sieht, werden die der Kooperation zu Grunde liegenden Verträge geheim abgeschlossen, was es nicht möglich macht, diese Kooperationen im gesellschaftlichen Diskurs zu bewerten. Nicht nur die Kooperationsverträge werden geheim gehalten, sondern teilweise auch die resultierenden Forschungsergebnisse. Hierbei stellt sich die Frage, inwiefern zumindest öffentlich teilfinanzierte Forschung vor selbiger geheim gehalten werden darf. In Zeiten der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen sind die Zweit- und Drittmittel zu tragenden Säulen des deutschen Hochschulsystems geworden. Obwohl dies im Grunde

genommen illegal ist, fließt ein Teil dieser Gelder auch in die Lehre, indem wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, die durch Zweit- oder Drittmittel bezahlt werden, Lehraufgaben wahrnehmen. Auch für diese Mitarbeiter/innen selbst hat das Wesen der Zweit- und Drittmittel gewisse Nachteile, da deren Befristung sich direkt in befristeten Arbeitsverträgen niederschlägt. Auch wenn meist Doktorand/innen durch diese Mittel finanziert werden. deren Promotionszeit sowieso beschränkt ist, betrifft die zunehmende Befristung auch Menschen, die vormals auf Dauerstellen arbeiteten, wie z.B. Techniker/innen. Während die Zweit- und Drittmittel einerseits teilweise zur Subventionierung des Lehrbetriebs eingesetzt werden, dienen die Erstmittel andererseits dazu, Zweit-bzw. Drittmittelforschung zu subventionieren. Dies ist der Fall. da für jedes Forschungsprojekt Strom bzw. die allgemeine Infrastruktur der Hochschule gebraucht wird und die Finanzierung dieser aus zentralen Mitteln (Erstmitteln) erfolgt. Viele Zuwendungsgeber berücksichtigen dies und veranschlagen als zusätzliche Projektkosten den so genannten "over head", welcher nicht dem forschenden Institut, sondern den zentralen Mitteln zufließt. Während die staatlichen Zuwendungsgeber feste Sätze für diesen "over head" veranschlagen, herrscht ein Wettbewerb zwischen den Hochschulen darum. wer der Wirtschaft am günstigsten Forschungsergebnisse liefern kann.

Wie eine Auswertung des Statistischen Bundesamtes zeigt, gehören vor allem die Technischen Universitäten zu den größten Beziehern von Zweit- und Drittmitteln. Angeführt wird die Rangliste von der RWTH Aachen, gefolgt von der TU München und der TU Dresden [2]. Das KIT zählt mit dem fünften Platz ebenfalls zu den erfolgreicheren Universitäten in puncto Zweit- bzw. Drittmitteleinwerbung. Diese machen einen wesentlichen Anteil der Finanzierung des KIT aus, nämlich 41%. Insgesamt stammen davon 49 Milli-

onen Euro direkt aus der Wirtschaft, wobei diese Finanzmittel überwiegend Institute aus den Ingenieurswissenschaften erreichen. Das Institut für Kolbenmaschinen sticht hier besonders hervor. Mit etwa 4 Millionen Euro Industrieförderung und nur 0,7 Millionen aus öffentlicher Förderung besitzt das Institut eine klare Ausrichtung [3].

Unternehmen investieren am KIT aber nicht nur in die Forschung, sondern mischen auch im Lehrbetrieb mit, wie etwa bei der neu gegründeten School of Energy. In diesem Rahmen wurde als erster Baustein die "AREVA Nuclear Professional School" eingerichtet. Diese verfolgt das Ziel, Studierende im Masterstudiengang für die Kerntechnik zu gewinnen, und wirbt dabei mit ihrem Engagement für die Förderung einer "hochwertigen Ausbildung" [4] am KIT. Hierbei muss man sich die Frage stellen, ob es die Aufgabe staatlich finanzierter Universitäten ist, die Fachkräfteversorgung einiger weniger Unternehmen sicherzustellen. Es gibt noch weitere Lehrveranstaltungen am KIT, die von Personen aus der Wirtschaft durchgeführt werden. So leitet bspw. Dr. L. Walz von der EnBW AG am Engler-Bunte-Institut im Bereich Verbrennungstechnik eine ganze Veranstaltung[5].

Für das KIT-Präsidium scheint diese Ausrichtung der Hochschule wünschenswert. Mit der Fusion des ehemaligen Kernforschungszentrums, heute Campus Nord, verfügt das KIT über viele Institute im Kernforschungsbereich. Für deren Interessen nutzte der Präsident Horst Hippler seine hochschulpolitische Position, um in der Öffentlichkeit für die Grundsicherung der Energie durch Atomkraft und Kohlekraft zu werben. Bei dem energiepolitischen Appell im August 2010 gesellte er sich zu 40 renommierten Wirtschaftsbossen, die diesen Aufruf unterstützten [6]. Laut UStA hatte damit die "Kommerzialisierung von Lehre und Forschung eine neue Stufe erreicht", und vor allem Konzerne wie EnBW würden "in

starkem Maße die Forschung am KIT" beeinflussen [7].

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die ergriffen werden können, um die Problematik, die sich in Bezug auf Zweit- bzw. Drittmittel ergibt, zu entschärfen. Angesichts der Tatsache, dass es in Bezug auf Zweit- und Drittmittel auch unterschiedliche Kritikpunkte gibt, stellt ein zentraler Ansatz die konsequente Unterscheidung dieser beiden Zuwendungsarten dar. Diese wird in den meisten Berichterstattungen der Universitäten bzw. in der öffentlichen Diskussion nicht vorgenommen. In Bezug auf die Zweitmittel stellt vor allen Dingen der hohe bürokratische Aufwand im Zuge des Antragsverfahrens ein Problem dar. Hier ist also eine Entbürokratisierung notwendig. Eine der größten Gefahren in Bezug auf die Drittmittelforschung entsteht sicherlich durch die mögliche Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Forschung und die Lenkung der Forschungsrichtung durch die Wirtschaft. Bis zu einem gewissen Maß kann hier durch eine möglichst umfangreiche Transparenz Abhilfe geschaffen werden. Dazu ist es nötig, dass eine Liste aller Drittmittelgeber einer Hochschule mitsamt einer kurzen Beschreibung des geförderten Forschungsvorhabens veröffentlicht wird. Diese Liste muss für alle Bürger/ innen einsehbar sein und kann als Grundlage dienen, problematische Fälle zu identifizieren und zu diskutieren. Damit es problemlos möglich ist, kritische Drittmittelprojekte einer eingehenden und fundierten Prüfung zu unterziehen, müssen alle Hochschulen Gremien einsetzen, an denen alle Statusgruppen beteiligt sind und die auf Antrag eine Bewertung des beanstandeten Projekts vornehmen. Solche Gremien existieren heute be-

HEINRICH BÖLL STIFTUNG STUDIENWERK



Rückenwind für Talente

Unser Angebot

- Stipendien und ideelle F\u00f6rderung
- Foren zum interdisziplinären
 Austausch
- Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- -Alumni-Programm, Mentoring

Unsere Erwartungen

- Besonders gute Schul- und Studienleistungen
- Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
- Unterstützung der Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung

Unsere aktuellen Förderschwerpunkte

- MINT-Fächer, insbesondere Umweltwissenschaften, Journalismus
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern
- Studierende aus Fachhochschulen
- Studierende aus Osteuropa,
 GUS-Staaten, dem Nahen Osten
 und Konfliktregionen weltweit

Information: www.boell.de/studienwerk

Nächste Bewerbungstermine: 1. März und 1. September 2012



reits an den meisten Hochschulen in Bezug auf die Prüfung von "wissenschaftlichem Fehlverhalten". Zur Verhinderung von Forschung, die gesellschaftlich nicht gewollt, aber durch Drittmittel ermöglicht wird, bedarf es klarer Richtlinien, die die Freiheit der Forschung, wo es nötig ist, einschränken. Hierbei muss immer bedacht werden, dass eine solche Beschränkung nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden darf. Ein Beispiel ist hierbei die so genannte Zivilklausel, die die Verpflichtung der Hochschulen zu rein ziviler Forschung vorsieht. Darüber hinaus sollte auch in Bezug auf Drittmittelforschung gelten, dass an öffentlichen Forschungseinrichtungen geleistete Forschung der Öffentlichkeit zugänglich sein muss, sprich, dass diese umgehend und ohne Zensur veröffentlicht wird. Sollte es nicht möglich sein, die Probleme, insbesondere in Bezug auf die Drittmittelforschung, einzudämmen, muss letztlich auch ein Diskurs über deren komplettes Verbot geführt werden. Hierbei muss aber bedacht werden, dass derzeit die Lehre zu einem großen Teil abhängig von Zweit- und Drittmitteln ist und es im Falle eines Verbots einer stärkeren Grundfinanzierung der Hochschulen durch den Staat bedarf.

> Christian Zimmermann, Kay Schäfer, Simon Bläsi

- [1] http://taz.de/Institutsgruendung-an-Berliner-Unis/!71442/, abgerufen am 10.11.11
- [2] http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/10/ PD11_402_213.psml
- [3] Institut für Kolbenmaschinen Foliensatz "Maschinen und Prozesse"
- [4] http://www.areva-np.com/de/liblocal/docs/Germa-ny_pdf/presse/09_02_20_KIT.pdf
- [5] http://www.vbt.uni-karlsruhe.de/index.pl/ Haupt Menu none/vorles ansicht/SS22543
- [6] http://de.wikipedia.org/wiki/Energiepolitischer_ Appell
- [7] http://www.usta.de/archiv/pm/2010-08-26-atom forschung-kit-pr-sident-offen-f-r-jede-art-deslobbyismus



WECHSEL MIT!

mehr unter gruene-karlsruhe.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

DAS DOGMA DER MODERNE

Wer hat Schuld an der jetzigen Finanzkrise in Europa? Sind es wieder die Banken oder tragen die europäischen Staaten Schuld? Hat Griechenland Schuld? Oder doch Italien? Oder haben schlicht und einfach die Schulden Schuld?

Gerne wird diese Frage von Moderator_innen in den Medien gestellt und lädt Finanzexpert_innen der Banken zu den einfachen, aber populistischen Antworten ein. Griechenland ist es und neuerdings auch Italien. Dass dieses Schwarz-Weiß-Denken hier doch so stark ausgeprägt ist, verwundert. Schließlich arbeiten sie tagtäglich mit einem hochkomplexen Finanzsystem, in dem differenziertes Denken unbedingt notwendig ist.

Dass also ausgerechnet ein Land wie Griechenland, das gerade einmal 2,6% der gesamten Wirtschaftsleistung der Eurostaaten ausmacht, alleine eine weltweite Finanzkrise auslösen kann, scheint als endgültige Begründung doch mysteriös zu sein. Vielmehr ist es der Versuch der Finanzindustrie von eigenen Fehlern abzulenken.

Die europäischen Banken haben sich nach 2008 schon wieder verwirtschaftet. Sie besitzen nämlich zu wenig Eigenkapital, um die Verluste ihrer griechischen Staatsanleihen durch einen Bankrott Griechenlands zu verkraften. Dabei hatten sie zusätzlich die Rückendeckung der Politik, welche es versäumt hat, aus der Krise zu lernen und strengere Regeln zu erlassen. Allein die Bankenstabilisierung der ersten Krise kostete Deutschland 174 Milliarden Euro, ohne sich dafür Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken zu sichern. So konnten die Banken weiter mit undurchsichtigen und riskanten Wertpapieren und Wetten zocken. Selbst vom Staat gestützte Banken können ungehindert ihren gehobenen Manager innen überzogene Boni-Gelder auszahlen, wie die Commerzbank mit über 440 Millionen Euro. [1]

Aber damit nicht genug: die Banken haben es in den letzten Jahren durch geschickte Lobbyarbeit geschafft, noch mehr Einfluss auf die Politik auszuüben, um somit mehr Kosten auf die Staaten abzuwälzen. Nach Bekanntwerden der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands Ende 2009 versuchten Banken in den deutschen Medien, einen sofortigen Schuldenschnitt zu verhindern. Allen voran Josef Ackermann, der bei einem TV-Auftritt bei Maybrit Illner warnte, "wenn Griechenland jetzt fallen würde" käme dies "einer Art Kernschmelze" gleich. Diese Werbung brachte ihnen schließlich genug Zeit, um Schrott-Anleihen im Wert von 6 Milliarden Euro bei Steuerzahler_innen unterzubringen, obwohl sie dies zuvor in einer Selbstverpflichtungserklärung ausgeschlossen hatten [2].

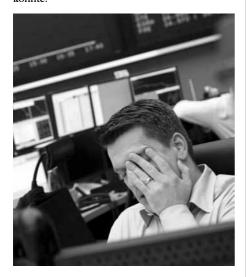
Trotz der verbrecherischen Maßnahmen der Banken, Gewinne zu privatisieren und Verluste auf die Staaten zu übertragen, befinden sie sich immer noch nicht in der Lage einen Schuldenschnitt Griechenlands zu verkraften. Getrieben durch das Zittern der Finanzmärkte erlassen die europäischen Staaten weitere Milliarden-Hilfspakete für die wackelnden Staaten und finanzieren damit vor allem französische und deutsche Banken.

Hinter der Finanzkrise steckt eine Krise des Kapitalismus

Doch selbst diese Beschreibung für die Finanzkrise greift zu kurz. Sie beschreibt nur Folgen, erreicht jedoch noch nicht die eigentliche Ursache. Diese liegt viel tiefer, nicht nur im Finanzsystem angelegt, sondern auch in der Realwirtschaft. Es ist vielmehr das gesamte Wirtschaftssystem, der Kapitalismus und seine Grundpfeiler.

Hinter der Finanzkrise steckt eine Krise des Kapitalismus. Er ist ins stocken geraten und benötigt für diese Klemme weiteres Wachstum. Seine einst vorteilhaften Eigenschaften, wie Produktivität, Effizienz, Dynamik und Anpassungsfähigkeit scheinen wie verflogen.

Um das genauer zu verstehen, hilft es, einen Blick in die Geschichte des Kapitalismus zu werfen. Diese war immer eng mit dem technischen Fortschritt verknüpft. Ausgehend vom Beginn der Industriellen Revolution Ende des 18. Jahrhundert konnte durch Bündelung von Kapital das Fabriksystem in England entstehen. Technische Erfindungen wie die mechanische Spinnmaschine, Dampfmaschinen, Lokomotiven und Hochöfen trugen zu einer gewaltigen Produktionssteigerung bei, die die Nachfrage der Märkte decken konnte.



Durch das Voranschreiten der Industrialisierung entstanden in immer kürzester Zeit weitere Absatzmärkte. Die Menschen konsumierten mehr und mehr und bildeten damit gleichzeitig einen wichtigen Grundbaustein für das weitere Wachsen des Kapitalismus. Dessen rasanter Aufstieg mit der Bildung von Monopolen und Kartellen, in einem zusehends komplexer werdenden Bankenund Aktiensystem, mündete schließlich in der ersten großen Krise.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 stürzte Amerika und Europa in die bis dato größte Depression. Besonders zwei Faktoren spielten dabei eine wichtige Rolle, der fehlende Konsum und die kreditfinanzierten Spekulationen der Banken.

Letztere begnügten sich nicht mit einem geringen Wachstum. Bereits in kürzester Zeit erreichten die Banken das Handelsvolumen vor dem 1. Weltkrieg und setzten auf weiteres, durch Kredite finanziertes. Wachstum. Ähnlich wie in der heutigen Situation war hierbei das Problem, dass sie zu wenig Eigenkapital besaßen, um Fehlspekulationen auszugleichen. Einige von ihnen gerieten dadurch in Schieflage, und weitere folgten, als Gläubiger innen ihr Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Banken verloren und auslaufende Kredite nicht verlängerten. Es folgte ein Liquiditätsengpass des Finanzsystems, der sich durch die enge Verzahnung mit der Realwirtschaft auf diese ebenfalls ausbreitete. Doch neben den fehlenden Krediten für Neuinvestitionen wurde die Wirtschaft darüber hinaus durch eine selbstverursachte Überproduktion schwer beeinträchtigt. Nachdem sich Europa von den Folgen des Krieges erholt hatte, kam die Produktion von Agrarund Rohstoffgütern wieder in Gang. Zusammen mit Amerika entstand dadurch ein Überangebot an Waren, welches zu einem Preisverfall führte. Durch die anschließende Depression, gekoppelt mit Unternehmenszusammenbrüchen und rasant wachsenden Arbeitslosenzahlen, erreichte die Weltwirtschaftskrise die gesamte Bevölkerung.

Vieles von dem findet sich in unserer jetzigen Situation wieder. Die Banken sind wirtschaftlich angeschlagen und verleihen ihr Geld nur noch unter schlechten Konditionen. Aber auch die Wirtschaft hat gierig auf steigende Absatzzahlen und mehr Konsum der Bevölkerung gesetzt, ohne zu merken, dass die Märkte schon längst gesättigt sind. Haben Politik und Wirtschaft also aus den Fehlern der damaligen Weltwirtschaftskrise gar nichts gelernt?

Doch, haben sie! Teilweise zumindest. Der Kapitalismus war nach der Weltwirtschaftskrise bei großen Teilen der Bevölkerung und Politik diskreditiert. In den USA entstand unter Roosevelt der New Deal, ein Gesetzespaket, das verstärkt in die Finanz- und Wirtschaftsprozesse eingriff. Geprägt waren die Gesetze von dem britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes. Er schloss aus der Wirtschaftskrise, dass mehr staatliche Eingriffe den sich aufschaukelnden Marktkräften positiv entgegenwirken. In seinem 1930 erschienenen Essay "Wirtschaftliche Aussichten für unsere Enkel" stellte sich Keynes vor, dass die künftigen Generationen im Westen einen immensen Reichtum anhäufen würden. Alle wesentlichen Grundbedürfnisse wären gedeckt und die Wirtschaft bräuchte nicht mehr zu wachsen. Der Kapitalismus hätte sein ursprüngliches Ziel, das persönliche und gesellschaftliche Glück zu mehren, erreicht.

Tatsächlich hat sich seit seiner Behauptung das Bruttoinlandsprodukt der westlichen Nationen um das Sechsfache erhöht [3]. Doch wenn wir unsere jetzige Welt betrachten, lässt sich feststellen, dass der Wachstumsdurst des Kapitalismus noch nicht gestillt ist.

Für Politik und Wirtschaft der letzten zwei Dekaden muss man die Frage, ob aus den Krisen gelernt wurde, allerdings mit "Nein" beantworten.
Die Erkenntnisse aus der Weltwirtschaftskrise
scheinen durch den Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen in Vergessenheit geraten zu sein. Seine
enorme Zerstörung warf Europa und die Menschheit zurück. Zurück in Armut und zerstörte Städte. Für Deutschland begann der Wiederaufbau,
der schließlich im deutschen Wirtschaftswunder
mündete und zu enormen Wachstumsraten beitrug. Aber nicht nur hier, auch weltweit stieg das
Bruttoinlandsprodukt stetig an [4]. Der Kapitalismus blühte von neuem auf und sorgte für steigenden Wohlstand und weiteren Reichtum.

Zusätzlich verstärkte sich die positive Wahrnehmung des Kapitalismus im Westen durch den neu entstandenen Gegenspieler: den Sozialismus. Er bildete ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, bei dem der Staat die Wirtschaft komplett regelt und persönliches Profitstreben verhindert. Der Kalte Krieg stellte nicht nur einen Kampf zwischen Osten und Westen, sondern auch zwischen Kapitalismus und Sozialismus dar. Mit dem Mauerfall stand der Sieger fest. Ein wirtschaftlich heruntergekommener Osten bildete das Aushängeschild für die fehlende wirtschaftliche Kompetenz des Sozialismus. Der Kapitalismus wurde vergöttert und heroisiert. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft wurden sofort als sozialistische Maßnahmen abgestempelt. Die Wirtschaft sollte ohne viele Regeln ungehindert wachsen können. Gesetze, die jahrelang für Stabilität sorgten, wurden für die Generierung von neuem Wachstum geopfert. Bill Clinton sorgte 1999 für die Aufhebung des Glass-Steagall-Act, ein Gesetz von 1933, das eine erneute Weltwirtschaftskrise verhindern sollte. Tatsächlich sorgte es bis dahin durch die klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanken für einen stabilen Finanzsektor. der über sechs Jahrzehnte währte [5]. Leider wurden nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa weitere Gesetze erlassen, die den Weg für ein riskantes und unkontrolliertes Finanzsystem ebneten. Die uneingeschränkte Freiheit des Kapitalismus wurde zum Dogma der Moderne.

Unser angebliches Wachstum ist mittlerweile ein reines Scheinwachstum

Heute sehen wir, dass die Entfesselung der Märkte zu mehr Krisen geführt hat, die sogar das Potential besitzen, die Demokratie und den Frieden in Europa zu gefährden. Regierungen treten nicht mehr zurück, weil das Volk ihnen das Vertrauen

entzieht, sondern weil die Finanzmärkte dieses indirekt von ihnen fordern. In Italien und Griechenland entstanden im vergangenen November technokratische Zwischenregierungen, die keine gesellschaftlichen Ziele verfolgen, sondern nur die Beruhigung der Aktienmärkte anstreben.

Den Staaten wird nun von der Finanzwelt ihr zu hoher Schuldenstand vorgeworfen. Dabei haben sie selbst durch die Bankenrettung 2008, die einen nicht zu vernachlässigenden Teil dieser Schulden ausmacht, profitiert. Zusätzlich vermehren die zahlreichen Konjunkturprogramme für das Ankurbeln der Wirtschaft die Staatsverschuldungen. Vergleicht man zwei Zahlen, lässt sich iedoch feststellen, dass die Ziele für die Schuldenaufnahme ins Leere gelaufen sind. Die eine Zahl beschreibt den Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsprodukts für die Jahre von 2000 bis 2007. Sie beträgt 381 Milliarden Euro. Über den gleichen Zeitraum erhält man für den Zuwachs der deutschen Staatsschulden die gleiche Summe. Das bedeutet, dass unser angebliches Wachstum mittlerweile ein reines Scheinwachstum darstellt.

Was stattdessen wirklich wächst, sind psychische Erkrankungen durch entfremdete Arbeit und der weltweite CO2-Ausstoß durch zunehmende Verbrennung von fossilen Brennstoffen. 2010 ist der Kohlenstoffdioxid-Ausstoß rasanter angestiegen, als die pessimistischsten Szenarien der US-Energiebehörde vor vier Jahren prognostiziert haben [6]. Hier zeigt das kapitalistische System eine seiner größten Unfähigkeiten. Ressourcenverbrauch und ineffiziente Energiegewinnung werden im freien Kapitalismus weder sanktioniert noch berücksichtigt, obwohl der ehemalige Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern bereits auf deren ökonomischen Folgen hinwies. In seinem 2006 veröffentlichten Bericht zeigt er, dass ein schnelles Handeln gegen die Klimaerwärmung künftig immense Kosten für die Behebung von Umweltschäden sparen wird.

Weiterer Konsumanstieg in einer Gesellschaft, deren Grundbedürfnisse für einen Großteil weitestgehend gedeckt sind, und Wachstum der Gesamtwirtschaft können keine Antworten auf die zukünftigen Gesellschaft- und Umweltfragen mehr sein. Der freie Kapitalismus muss einem umweltfreundlichen und menschenverträglichen System weichen, indem Umweltzerstörung und Menschenausbeute finanziell und rechtlich stärker sanktioniert werden.

Für die Umsetzung bedarf es hierbei nicht nur Debatten auf politischer Ebene, sondern auch den engagierten Einsatz der Gesellschaft. Sie sollte sich wieder ihrer Rolle als Souverän bewusst werden, denn lange genug hat die Politik versäumt, den Kapitalismus zu bändigen und nachhaltig zu gestalten.

Dass der Kapitalismus irgendwann seine eigene soziale Struktur, die ihn schützt, zerstören wird, stellte sich der bekannte Ökonom Joseph Schumpeter bereits 1942 vor. Zwar wird ihm zufolge der Kapitalismus nicht auf Grund einer Revolution oder wirtschaftlicher Fehlschläge zu Grunde gehen, sondern schleichend wegen seines anfänglichen Erfolgs. Die Frage ist nur, ob wir so lange warten können, oder es vorher schaffen, unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu revolutionieren

Kay Schäfer

- [1] http://www.wdr.de/tv/monitor//sendu gen/2011/1027/bankenrettung.php5
- [2] http://www.wdr.de/tv/monitor//sendun gen/2011/1006/griechenland.php5
- [3] Artikel vom 10.11.11
- [4] http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswachstum
- [5] http://de.wikipedia.org/wiki/Glass-Steagall Act
- [6] http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,795806,00.html

BETREUUNGSGELD

Die Idee des Betreuungsgeldes ist einfach erklärt: Um den Eltern Entscheidungsfreiheit zu gewähren, sollen diese Geld erhalten, wenn sie ihre Kinder zu Hause erziehen und die staatlichen Institutionen nicht in Anspruch nehmen. In der Regierung hat sich nun die CSU gegen die FDP und Teile der CDU durchgesetzt und das Betreuungsgeld auf die politische Agenda gesetzt. Ab 2013 sollen 100 € pro 2-3-jährigem Kind und pro Monat ausgezahlt werden.

Doch wie würde sich ein solches Instrument in der Praxis auswirken? Da das Betreuungsgeld in Thüringen schon seit 2006 eingeführt ist, kann man hier im Gegensatz zu vielen anderen politischen Vorhaben die Auswirkungen sehr genau analysieren. Beninger et al. haben in einer Studie genau dies getan. Dabei wurde die Entwicklung in Thüringen seit Einführung des Betreuungsgeldes mit der Entwicklung in den anderen "neuen Bundesländern" verglichen.

Auf den ersten Blick sind die Auswirkungen geringer als erwartet. Das Kinderbetreuungsangebot wird etwas weniger genutzt und die Frauenerwerbstätigkeit sinkt leicht. In einem zweiten Schritt werden die Daten verschiedener Bevölkerungsgruppen getrennt untersucht. Hier zeigt sich, dass in der hoch gebildeten und reichen Gruppe fast keine Auswirkungen zu erkennen ist. Ganz anders sieht das in der Gruppe der geringer Gebildeten aus. Signifikant weniger Eltern mit geringem Bildungshintergrund schicken ihre Kinder in Kindergarten oder Kindertagesstätte. Gleichzeitig gehen deutlich weniger Frauen einer Arbeitstätigkeit nach.

Wie ist das zu erklären? Die Eltern stehen vor einer klassischen Entscheidungssituation. Sie wägen gegeneinander ab, ob sie Ihre Kinder auf eine öffentliche Kinderbetreuungseinrichtung schicken oder die Kinderbetreuung zu Hause erledigen. Das Betreuungsgeld wirkt nun in diesen Prozess ein, indem es die zweite Möglichkeit deutlich attraktiver gestaltet. Nur wer seine Kinder selbst betreut, kann mit den zusätzlichen Einnahmen rechnen. Daher ist es kein Wunder, dass nach der Einführung des Betreuungsgeldes die Entscheidung öfter gegen den Kindergarten bzw. die Kinderkrippe ausfällt. Ökonomisch ausgedrückt steigen die Opportunitätskosten des Kindergartenplatzes. Die Entscheidung für einen Kindergartenplatz wird teurer, da das verlorengehende Betreuungsgeld mitgerechnet werden muss.

Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien profitieren am stärksten von Kindergartenplätzen

Doch warum ist dieser Effekt vor allem bei gering gebildeten bzw. ärmeren Familien zu beobachten? Der ausgezahlte Beitrag ist unabhängig vom Einkommen der Familie und fällt daher bei reicheren Familien kaum ins Gewicht. Die oben beschriebene Trade-Off-Entscheidung wird also kaum beeinflusst. Anders sieht es bei den ärmeren Familien aus. Wenn die Mutter nur wenig verdient, erscheint ein Umstieg auf das Betreuungsgeld viel reizvoller. Als drittes soll noch untersucht werden, warum sich die höhere Betreuung zu Hause vor allem auf die Frauenerwerbstätigkeit auswirkt. Die Erziehung ist sehr oft immer noch zuerst Sache der Mutter. Wenn das Kind zu Hause betreut wird, verzichtet also fast immer die Frau auf ihre Arbeitsstelle.

Wie sind diese Auswirkungen gesellschaftlich zu bewerten? Aus meiner Sicht gibt es zwei große Nachteile, die sich aus der Einführung eines Betreuungsgeldes ergeben. Zum einen verzichten mehr Frauen länger auf ihre Arbeitsstelle, was automatisch ihre Karrieremöglichkeiten verschlechtert. So werden die Unterschiede in der Bezahlung von Männern und Frauen langfristig aufrecht erhalten. Da Geld im Normalfall mit mehr Mitbe-

stimmung einhergeht, wird so die Gleichberechtigung empfindlich beeinträchtigt. Daher kommt auch der von der Opposition gerne gebrauchte Begriff Herdprämie. Man könnte argumentieren, dass die eigentliche Ursache dieses Problems die traditionelle Rollenverteilung ist. Wenn die Väter genauso oft zu Hause bleiben würden wie die Mütter, würde sich die Ungleichverteilung tatsächlich nicht mehr ergeben. Doch führt die Herdprämie nicht gerade dazu das alte Rollenmuster aufrecht zu erhalten?

Des Weiteren muss man fragen, welche Art der Erziehung für die Kinder besser ist. Es steht außer Frage, dass viele Eltern ihre Kinder zu Hause gut erziehen und fördern können. Allerdings gibt es keinerlei Studien, dass eine Kinderkrippe in der Entwicklung schadet. Im Gegenteil, gerade bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien wirkt sich die Inanspruchnahme eines Kinderkrippen- oder Kindergartenplatzes positiv auf die Entwicklung aus. Man kann also zu dem Schluss kommen, dass das Betreuungsgeld dazu führt, gerade die Kinder, für die es am nötigsten wäre, von den öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten fernzuhalten.

Christian Zimpelmann

[1] Beninger/Bonin/Horstschräer/Mühler: Wirkun gen eines Betreuungsgeldes bei bedarfsgerech tem Ausbau frühkindlicher Kindertagesbetreu ung: Eine Mikrosimulationsstudie; 2010



Wir betreiben eine Solaranlage auf dem Mensadach.

Damit finanzieren wir uns und fördern ökologische Projekte auf dem Campus. Du hast eine Projektidee oder Lust dich zu engagieren? Jeden ersten Montag im Monat treffen wir uns um 18.00 Uhr im Z10.



GLEICHE FREIHEIT

Die Frage, wie die beiden Grundwerte Freiheit und Gleichheit zueinander in Beziehung stehen, ist angesichts der fundamentalen Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems einerseits und dem Erfolg bestimmter totalitärer Staaten wie China andererseits bedeutender denn ie. Während der französischen Revolution, die unter dem Leitspruch "liberté, égalité, fraternité" stand, wurden Freiheit und Gleichheit als gleichberechtigte und miteinander vereinbare Ziele gesellschaftlicher Entwicklung begriffen. Sowohl unter vielen so genannten Libertären als auch unter vielen Kommunist innen herrscht heutzutage im Gegensatz dazu aber die Vorstellung vor, dass es nur möglich ist entweder Freiheit oder Gleichheit zum Fundament einer gesellschaftlichen Ordnung zu machen. Widersprochen hat dem der französische Schriftsteller und Philosoph Albert Camus, der die Interdependenz von Freiheit und Gleichheit betont, denn "je mehr die Freiheit in der Welt an Boden verliert, desto mehr wächst das Elend und umgekehrt" [1]. Im Folgenden ist unter Gleichheit die Gleichwertigkeit aller Menschen zu verstehen. Unter Freiheit ist hierbei die Möglichkeit eines jeden Menschen zu verstehen, seine Handlungen frei von äußeren Zwängen zu bestimmen. Letztlich scheint es drei verschiedene Antworten auf die Frage zu geben, wie Freiheit und Gleichheit miteinander in Beziehung stehen:

- Freiheit und Gleichheit sind unvereinbar.
- Freiheit und Gleichheit sind miteinander vereinbar.
- Freiheit und Gleichheit sind nicht nur miteinander vereinbar, sondern bedingen einander.

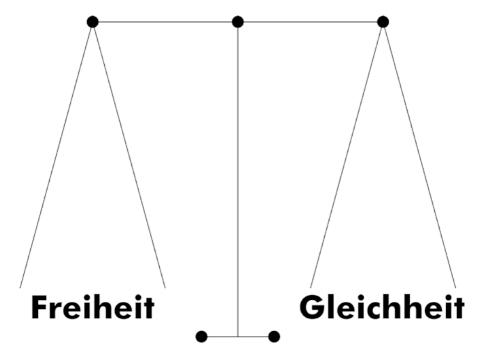
Betrachtet man beispielsweise eines der wichtigsten rechtsstaatlichen Prinzipien, nämlich die Gleichheit vor dem Gesetz, so erkennt man, dass dieses Prinzip letztlich nichts anderes als die Frei-

heit von Unterdrückung oder staatlicher Willkür bedeutet. Gleichheit und Freiheit sind hierbei also keineswegs unvereinbar, sondern bedingen einander. Dieser Zusammenhang findet sich ebenfalls, wenn man das Feld der Gleichstellungspolitik betrachtet. Die Ungleichbehandlung von Menschen oder Gruppen von Menschen, zum Beispiel aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Hautfarbe oder ihrer sexuellen Orientierung, wird dadurch bedingt, dass man die Gleichheit aller Menschen in Frage stellt. Gleichsam führt eine solche Ungleichbehandlung zu einer Einschränkung der Freiheit dieser Menschen. Betrachtet man exemplarisch die Benachteiligung von Frauen, stellt sich dieser Zusammenhang folgendermaßen dar:

In Europa mag die rechtliche Gleichstellung der Frau weitestgehend umgesetzt sein, trotz allem gibt es insbesondere im wirtschaftlichen Bereich eine signifikante Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, die sich beispielsweise in Form von Lohnunterschieden oder mangelnden Aufstiegschancen äußert. In verschieden-geschlechtlichen Beziehungen führt insbesondere die Ungleichstellung der Frau in monetärer Hinsicht dazu, dass eher der Mann einer Lohnarbeit nachgeht und sich die Frau um den Haushalt kümmert. Die Freiheit der Frau und die des Mannes, frei von äußeren Zwängen zu entscheiden, wer einer Lohnarbeit nachgeht und wer zu Hause bleibt, ist im Allgemeinen also nicht mehr möglich. In Bezug auf die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen kommt erschwerend hinzu, dass die postulierte Ungleichheit von Männern und Frauen zur Etablierung von Rollenbildern führten, die zu einer gewissen Determinierung von Entscheidungen führt, so dass diese nur schwerlich als wahrhaft frei bezeichnet werden können.

Während es in Bezug auf gesellschafts- und rechtspolitische Fragen selten Streit über die Vereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit gibt, sieht dies auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik völlig anders aus. Insbesondere neoliberale Kreise warnen davor, dass die Herstellung von Gleichheit sowohl innerhalb der westlichen Gesellschaften als auch global mit dem Ende der Freiheit gleichzusetzen ist. In der Tat führen staatliche Eingriffe, die der Herstellung von Gleichheit dienen, zur Beschneidung der Freiheit einer Gruppe von Menschen. In diesem Kontext

zen. Dem Kantschen Imperativ folgend kann die Maxime nur lauten: Wir wollen möglichst große Freiheit für alle Menschen. Insbesondere bedeutet dies, da alle Menschen mit gleichen Rechten ausgestattet sein müssen, dass die zu etablierende Freiheit eine "gleiche Freiheit" sein muss, also für alle Menschen dieselbe. Der Begriff der gleichen Freiheit führt uns auf die Ausgangsfrage zurück: In welcher Beziehung stehen Freiheit und Gleich-



stellt sich die entscheidende Frage: Für wen wollen wir Freiheit? Grenzenlose Freiheit, also eine Freiheit die keine Rücksicht auf andere Menschen nimmt, kann es niemals für alle Menschen geben. Die grenzenlose Freiheit einiger weniger Menschen, die sich diese vor allem in Form immenser Kapitalansammlungen ermöglichen, ist nur möglich auf dem Rücken von Millionen Menschen vor allem aus den Entwicklungs- und Schwellenländern, die nicht einmal kleinste Freiheiten besit-

heit? Auch im wirtschaftlichen Kontext bedingen sie einander, wenn wir beide Grundwerte als universelle Werte begreifen, die allen Menschen zustehen. Camus entlarvt die Forderung der Neoliberalen (welche zu seiner Zeit unter bürgerliche Intellektuelle firmierten) als das, was sie wirklich ist: "Diese Leute behaupten sie verteidigen die Freiheit, aber sie verteidigen vor allen Dingen die Privilegien, die die Freiheit ihnen und nur ihnen verleiht." [1]

Gleiche Freiheit kann niemals grenzenlose Freiheit sein. Sie hat ihre Grenzen dort, wo die Freiheit anderer Menschen über Gebühr eingeschränkt wird. Im wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Kontext bedeutet dies, dass es legitim ist, mittels staatlicher Eingriffe eine Umverteilung des Kapitals vorzunehmen, wenn diese Umverteilung dazu dient allen Menschen gleiche Freiheiten zu ermöglichen. Wahre Freiheit besteht nicht nur in der abstrakten Möglichkeit etwas tun zu dürfen, sondern kann nur bedeuten, dass die Menschen aufgrund ihrer finanziellen Mittel auch dazu in der Lage sind, ihre theoretischen Handlungsoptionen wahrzunehmen. Dazu ist die angesprochene staatlich organisierte Umverteilung von Kapital zwingend notwendig, da arme Menschen ansonsten nicht in der Lage sind, ihre theoretischen Freiheiten zu nutzen. Es ist dem gesellschaftlichen Diskurs, beispielsweise in Form von Wahlen, überlassen zu entscheiden, welcher Freiheitsgewinn einer Gruppe von Menschen eine gewisse Freiheitsbeschneidung einer anderen Gruppe rechtfertigt. Jegliche gesellschaftliche Entwicklung, die als moralisch gerechtfertigt gelten will, muss aber das Ziel der "gleichen Freiheit" zur Maxime ihres Handelns machen.

Im politischen Kontext spricht man oftmals von Gerechtigkeit. Dieser Begriff ist eng mit der "gleichen Freiheit" verknüpft. Gerechtigkeit bedeutet, dass Handlungen bzw. Entscheidungen "richtig [sind], gemäß obligatorischen moralischen Standards für den intersubjektiven Umgang bei Interessenkonflikt" [2]. Was genau eine Gesellschaft unter Gerechtigkeit versteht ist also abhängig davon, was sie unter "obligatorischen moralischen Standards" versteht. Anknüpfend an die Überlegungen, die zur Herausbildung des Begriffs der "gleichen Freiheit" führten, wäre der Kategorische Imperativ Kants ein solcher Standard. Staatliches und individuelles Handeln, welches der Etablierung der "gleichen Freiheit" dient,

kann demnach als gerecht bezeichnet werden. Soziale Gerechtigkeit im Speziellen kann dann zum Beispiel bedeuten, dass alle Menschen gleichermaßen freien Zugang zu modernen Informationstechnologien oder dem öffentlichen Nahverkehr haben. Natürlich könnte auch ein autoritärer Staat allen seinen Bürger/innen eine finanzielle Ausstattung ermöglichen, die man unter sozialen Gesichtspunkten als gerecht bezeichnen könnte. Gleichsam ist autoritären Staaten aber die Beschneidung elementarer Freiheiten immanent, wie beispielsweise des freien Zugangs zu Informationen oder der freien Meinungsäußerung. Ein solcher Staat folgt hierbei keineswegs der Maxime der "gleichen Freiheit", da es zwangsläufig eine Führungsschicht gibt, beispielsweise hohe Funktionäre innen der Staatspartei, die über deutlich mehr Freiheiten verfügen als die "gewöhnlichen" Bürger innen. Die Beschneidung der Freiheit einer Gruppe führt also zwangsläufig zu Ungleichheit.

Christian Zimmermann

- [1] Albert Camus: "Verteidigung der Freiheit Poli tische Essays: Verteidigung der Freiheit - Brot und Freiheit"; Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH; Hamburg 1968
- [2] Enzyklopädie Philosophie S. 658 ff.; Felix Mei ner Verlag; Hamburg 2002
- [3] Julian Nida-Rümelin: "Freiheit und Gleichheit"; online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung
- [4] Regina Kreide: "Freiheit und Gerechtigkeit" in "Freiheit - Hoffnung, Anspruch, Herausforde rung, Band 17 der Reihe Demokratie"; Hein rich-Böll-Stiftung 2009
- [5] Peter Siller: "Gleiche Freiheit Annäherung an einen grünen Freiheitsbegriff" in "Freiheit -Hoffnung, Anspruch, Herausforderung, Band 17 der Reihe Demokratie"; Heinrich-Böll-Stif tung 2009



Füllhorn

Füllhorn finden Sie auch in Bruchsal, Heidelberg, Landau, Speyer und Weingarten.

Karlsruhe, Erbprinzenstr. 27 www.fuellhorn-biomarkt.de

PHOSPHOR, WELTERNÄHRUNG, WELTHUNGER

Seit einigen Monaten leben auf dem Planeten Erde sieben Milliarden Menschen – Tendenz steigend. Gleichzeitig gibt es jährlich Millionen Hungertote. Sind wir gerüstet, die Ernährung der Menschheit langfristig sicherzustellen?

Das Wachstum von Pflanzen, also auch von Getreide, wird von vielen Bedingungen bestimmt - ein wichtiger Faktor ist die Verfügbarkeit des chemischen Elementes Phosphor. In Seen und Flüssen kann ein Überschuss an Phosphor unerwünschtes übermäßiges Algenwachstum auslösen. In der Landwirtschaft dagegen begrenzt ein Mangel daran direkt die mögliche Nahrungsproduktion. Er ist in den meisten Böden der begrenzende Stoff für das Wachstum und wird durch die Ernte von Nahrungspflanzen lokalen Stoffkreisläufen entzogen. Das macht eine künstliche Düngung nötig. Findet diese statt, stehen den Pflanzen während einer Ernte 35 kg Phosphor pro Hektar zur Verfügung, ohne Düngung sind es meist nicht mehr als 15 kg/ha, was die Ernte erheblich einschränkt. Zudem entsteht das Problem, dass sich die Phosphorreserven des Bodens nach neun Jahren halbiert haben [1].

Wie also sieht es mit der Verfügbarkeit künstlichen Düngers aus? Phosphor liegt in der Erdkruste als Calciumphosphat in einer Konzentration von 0,09 % Prozent vor. Die beim heutigen Stand der Technik rentabel abbaubaren Vorkommen sind zum Großteil in nur zwei Staaten zu finden, welche 80% aller Vorkommen kontrollieren [2]. Ab dem Jahr 2051 ist aufgrund der erschwerten Abbaubedingungen mit einem Rückgang des Phosphortagebaus zu rechnen [3]. Diese Einschätzung wird von industriellen Experten angezweifelt, welche das Erreichen eines konstanten Phosphorabbauniveaus bis zum Jahr 2300-2400 für realistischer halten. Die geschätzten weltweiten Vorkommen lassen laut der größten Produzentenorganisation IFDC eine beständige Versorgung für Jahrhunderte zu [4].

Um die Abhängigkeit von der Förderung des begrenzten Rohstoffs zu verringern, wurden in der Förderinitiative "Kreislaufwirtschaft für Pflanzennährstoffe, insbesondere Phosphor" Möglichkeiten zur Rückgewinnung von Phosphor aus verschiedenen Abbauprodukten entwickelt. Sie will sich um den Teil des Phosphors kümmern, der als Klärschlamm auf Deponien oder in der Asche von Müllverbrennungsanlagen landet oder ungeklärt in Gewässer eingeleitet wird. Das sind etwa 20% der Fördermenge [5], die die Förderinitiative zurückgewinnen will. Durch Prozesse wie das "P-Roc"-Verfahren des Kompetenzzentrums für Materialfeuchte (CMM) könnte so die Hälfte der deutschen Phosphorimporte ersetzt werden (www.phosphorrecycling.de).

Erneuerbare Energien liefert die Sonne, während Phosphor im Erdreich verschwindet. Nur durch gezielte Nutzung und Rückgewinnung von Phosphor wird die aktuelle Weltbevölkerung und ihr Lebensstandard in Zukunft möglich sein. Nachhaltigkeit sollte keine Notlösung sein. Die Zeit für politisches Handeln ist jetzt.

Julius Schlagenhauf

- [1] Syers, J. K., Johnston, A. E., Curtin, D.:,Efficiency of soil and fertilizer phosphorus use: reconciling changing concepts of soil phosphorus behaviour with agronomic information "
- [2] Jasinski, S. & U.S. Geological Survey Minerals Information: "Phosphate rock statistics"
- [3] Cordell, D., White, S. & Lindström, T. (2011): "Peak phosphorus: the crunch time for humanity?"
- [4] Centre for Strategic and International Studies.

 "The role of fertilizer in global food security and "world phosphate reserves and resources""
- [5] Cordell, D. "The story of phosphorus: Global food security and food for thought. Global environmental change: human and policy dimensions " S.292

FRISEUR STYLE FORUM

Kaiserstr 67



OHNE TERMIN!

Mo-Fr 9-19 Unr Sa 9-18 Unr



Damen + Herren 9,-€

Herren schneiden + waschen

Damen 15,-€

Studentinnen 13,50 €

Tönung / Farbe ab 10,-€

Foliensträhnen Blond (ohne Folienbegrenzung)

- Deckhaar 20,- €
- Deckhaar + Seiten 30,- €
- ganzer Kopf 50,- €

Dauerwelle all incl. 44,50€

gutschein

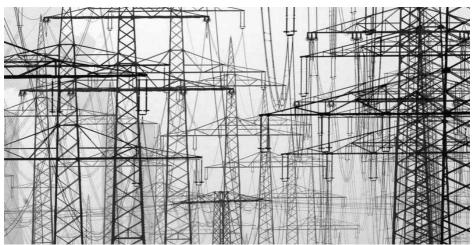
5,-€

auf alle Dienstleistungen außer Trockenhaarschnitt

STROMNETZE

Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke haben mit Biomasse-, Windkraft- und Photovoltaikanlagen eine wichtige Gemeinsamkeit – sie sind an das Stromnetz angeschlossen. Obwohl in der medialen Öffentlichkeit oft und breit über Kraftwerkstypen und über die Energiezukunft diskutiert wird, taucht das im wahrsten Sinne des Wortes verbindende Element, das Stromnetz, selten in der Debatte auf. Fossile Kraftwerke werden oft auch als zentrale Kraftwerke bezeichnet, wohingegen Strom aus erneuerbaren Energien meist mit dezentraler Energieerzeugung gleichgesetzt

sich der Leitungsbau auf Natur und Landschaft auswirkt. Nach Abschluss der Planungsphase werden die Pläne bekannt gegeben und es kann Einspruch gegen den Verlauf der Leitung erhoben werden. Bei Einspruch wird gerichtlich geprüft, ob er gerechtfertigt ist und es wird eine alternative Lösung gesucht. Allerdings kann gegen die Alternative wieder geklagt werden. In einem weiteren Schritt wird dann ein Kompromiss oder eine weitere Alternative gesucht, gegen die wieder Einspruch erhoben werden kann. Es handelt sich also um einen sehr langsamen Prozess. Die



wird. Die Stromerzeugung verschiebt sich im Moment also von zentral in Richtung dezentral. Das heutige Stromnetz wurde für eine zentrale Versorgungsstruktur konzipiert. Um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, muss das Stromnetz umgebaut werden.

Ein möglicher Grund für das geringe öffentliche Interesse am Stromnetz könnte die Langsamkeit der Veränderung sein. Die lange Dauer von der Planung bis zur Fertigstellung einer Leitung hat einen guten Grund. Eine Stromleitung kreuzt viele unterschiedliche Gebiete. Beim Planen wird wegen der hohen Komplexität vernachlässigt, wie Einsprüche und die Kompromissfindung leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass Stromnetze möglichst umweltverträglich gebaut werden.

Die dezentrale Energieerzeugung benötigt aus drei Gründen zusätzliche Leitungen. Die Standorte der neuen Anlagen unterscheiden sich von den alten Kraftwerksstandorten. Windkraftanlagen stehen meist an unbewohnten Stellen in Norddeutschland. Es müssen Landstriche vom Stromnetz neu erschlossen werden. Die dezentrale Energieerzeugung findet an der für sie besten Stelle statt. Fossile Kraftwerke wurden in die Nähe des Verbrauchs oder an eine für das Strom-

netz günstige Stelle gebaut. Der Großteil der erneuerbaren Energieerzeugung findet wegen der guten Windverhältnisse in Norddeutschland statt, obgleich das Gros des Stromverbrauchs in den Industriezentren im Süden liegt. Es müssen also neue überregionale Stromleitungen errichtet werden, die die von den Windparks in Norddeutschland erzeugte Leistung in den Süden transportieren können. Ein großer Kritikpunkt an den erneuerbaren Energien ist, dass man sie nicht nach belieben an- und abschalten kann. Um diesen Nachteil auszugleichen, muss Energie gespeichert werden, wenn sie im Überschuss vorhanden ist. Ist nicht genügend Energie vorhanden, muss das Land aus den Speichern versorgt werden. Momentan ist keine Batterietechnologie in Sicht, die ökonomisches Stromspeichern ermöglicht. Einen Ausweg bieten Pumpspeicherkraftwerke in

Skandinavien und in den Alpen. Eine Lösung mit Pumpspeicherkraftwerken setzt allerdings voraus, dass genügend Leitungen zwischen den Ländern verlaufen. Heute gibt es zwei Leitungsbauprojekte, NorGer und NORDLINK, die Norwegen mit Deutschland verbinden. Die beiden Projekte sind ein guter Anfang, um ausreichende Übertragungskapazität zu schaffen, aber es müssen noch viele Leitungen folgen.

Um Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke durch Biomasse-, Windkraft- und Photovoltaikanlagen zu ersetzen, muss das Stromnetz neue Aufgaben übernehmen. Um die neuen Aufgaben zuverlässig zu erfüllen, muss es umgebaut werden. Nur mit einem an die neuen Erzeuger angepassten Netz ist eine nachhaltige Energieerzeugung möglich.

Wolfgang Biener



Georg-Friedrich-Str. 11 76131 Karlsruhe

Tel: 0721 - 66 35 736

mail@madamevelo.de



Der Titel "Drop, Cover, and Hold on" bringt auf den Punkt, wie sich im Falle eines starken Erdbebens zu verhalten ist: zu Boden gehen, unter einen Schutz kriechen und sich daran festhalten bis alles vorbei ist.

Am Tag des Erdbebens, dem 11. März 2011. verpasste ich den letzten Bus, der mich kostenlos auf den Campus der T hoku-Universität gebracht hätte und entschied mich dafür, den Tag stattdessen in meinem Wohnheimszimmer zu verbringen. Ich wohnte in Sendai, einer Millionenstadt im Nordosten Japans nahe der Küste, um für ein Jahr Informatik zu studieren. Es ist viertel vor drei.

"Drop, Cover, and Hold on" schießt mir durch den Kopf, als die erste ungewöhnlich starke Druckwelle durch mein Zimmer fährt. Nur wenige Sekunden bleiben mir noch, um meinen Laptop in Richtung Tischmitte zu stoßen und die Gasheizung auszuschalten, ehe ich bereits unter meinen Schreibtisch krabbele und feststellen muss, dass es nun erst richtig losgeht. Während ich mitsamt Schreibtisch und der angrenzenden Schrankreihe gewaltsam für mehrere Minuten etwa 30 cm ruckartig hin- und hergeschoben werde, kann ich beobachten, wie die Druckwellen die Wände und Ecken meines Zimmers torsionsartig gegeneinander bewegen. Das Spektakel wird von einem Stromausfall und lautem Gläserklirren begleitet.

Die stärksten Bewegungen ebben erst nach drei Minuten ab, doch unmittelbare Nachbeben (7,9; 6,4) halten den Raum noch für die nächsten zwei Stunden in Bewegung. Nach einer gefühlten Viertelstunde klingelt mein Telefon, das ich am Kabel zu mir unter den Schreibtisch ziehe. Mein Freund aus Deutschland erkundigt sich aufgelöst nach meinem Befinden; gerade eben sei er aufgewacht und habe die Erdbebenmeldung in den Nachrichten gesehen. Ich freue mich, mit ihm sprechen zu können, schildere meine Lage und versuche zu beruhigen, mich eingeschlossen. Im Hintergrund höre ich seinen Fernseher: Die Nachrichten berichten von der 7,8-Magnitude (später korrigiert auf 9,0), die Artikel, die er mir vorliest, enden mit einem obligatorischem "die Atomkraftwerke in Japan wurden automatisch schnellabgeschaltet".

Ich finde mich also in der skurrilen Situation. dass wir diskutieren, ob mich hier - gar nicht so weit entfernt von der Küste - ein Tsunami treffen könnte. Während des Gesprächs werde ich immer wieder von Nachbeben durchgeschüttelt. Ich spreche auch kurz mit meiner Mutter, die aufgrund meiner beruhigenden Worte erst nach dem Anruf von der tatsächlichen Stärke des Erdbebens erfährt. Ein Tsunami hat meinen Stadtteil glücklicherweise nicht getroffen, auch wenn ein bis zu 10 km breiter Küstenstreifen überflutet und zerstört wurde. Die tatsächlichen Auswirkungen und Schäden des reinen Erdbebens in meinem Stadtteil bemisst die Skala des Japanischen Amts für Meteorologie mit "6—" (von maximal 7).

Man fühlt sich wie auf einem Schiff

Nach anderthalb Stunden bricht das Telefongespräch ab - keine Möglichkeit meinen Zustand zurückzumelden, da mit Handvnetz, Strom und Internet vorerst nicht zu rechnen ist. Dass Gas und Wasser fehlen werden, wird sich erst später zeigen. Ich höre bekannte Stimmen im Flur und wage mich aus meinem Versteck, die Nachbeben haben sich indessen etwas beruhigt.

Es folgen aufgeregte, aber auch gelöste Gespräche, eine Sichtung der Gebäuderisse, nach und nach treffe ich bekannte Gesichter. Gegen fünf wird es dunkel, kein Licht in der gesamten Stadt und sämtliche Supermärkte haben geschlossen. Mit einer Taschenlampe arbeiten wir uns durch die Regale eines kleinen Gemüseladens und decken uns mit Lebensmitteln für 1-2

Tage ein.

Eine nahe gelegene Turnhalle ist offizieller Sammelpunkt und Schlafplatz. Später wird Reis ausgegeben, 450 Portionen stehen zur Verfügung und unmittelbar nach der Ankündigung folgt der Ansturm. Ich beschließe, mit einigen anderen in der Lobby meines Wohnheims zu schlafen. Dickes Bettzeug bewahrt uns davor, direkt auf dem eiskalten Steinboden zu liegen. Man fühlt sich wie auf einem Schiff. Immer wieder neue, kleinere Wellen sind im Untergrund spürbar. Immer wenn es heftiger wackelt, rennen einige kreischend hinaus ins Freie (nicht nachmachen, drinnen bleiben schützt vor herausfallenden Fensterscheiben).

Nachts um 2.30 Uhr werde ich von meinem Handy geweckt, mein Freund ist durchgekommen und berichtet. Er erwähnt Probleme mit dem Atomkraftwerk, an dem es eine Explosion gegeben haben soll, 60 km entfernt, er stuft die Gefahr aber nicht zu groß ein und beruhigt mich. Mein Akku wird knapp. Auch um diese Zeit ist der Raum noch mit Stimmengewirr und aufgeregten Gesprächen gefüllt, andere schlafen mit Helm, Kleidung und Schuhen.

Der nächste Tag. Reis gibt es nur noch für Kinder unter 12 Jahre, für uns aber einige Dosen mit Trockenkeksen und Zuckerstücken. Vor dem Nottelefon bildet sich eine lange Schlange, viele versuchen darüber ihre Angehörigen zu benachrichtigen und externe Informationen über die Lage einzuholen.

Ein Koreaner erklärt mir und einer Wohnheimsmitarbeiterin, seine Botschaft habe ihn zum Verlassen des Landes aufgefordert. Er und andere Koreaner_innen hätten bereits ihre Koffer gepackt. Die Mitarbeiterin hört die Radiomeldungen und beruhigt uns, es bestehe kein Grund zur Panik. Ich werde trotzdem nervös. Philipp, ein anderer Deutscher mit weißem Schutzhelm, stuft die Lage dank SMS als "unübersichtlich" ein. Probleme gibt es wohl auch an anderen Atomkraftwerken. Ich beschließe mit einer geliehenen Taschenlampe notdürftig ein paar Sachen zu packen, um im Zweifelsfall zügig aufbrechen zu können.

Wäbrend wir im Dunkeln essen, berrscht eine angespannte aber doch irgendwie gelöste Stimmung

Andre, ein Student aus Hamburg, und andere haben in der kleinen Lobby Abendessen auf gesammeltem Feuerholz gekocht, für jede n wird eine Schüssel Reis mit Nabe zubereitet. Während wir im Dunkeln essen, herrscht eine angespannte aber doch irgendwie gelöste Stimmung. Die Meldung über die zerstörte Außenhülle des Kraftwerks, zusammen mit der Einschätzung, "dass der Wind günstig steht", sorgt nicht gerade für Beruhigung, sodass es eine Diskussion darüber gibt, ob wir Sendai verlassen sollten. Ich schätze die Gefahr als eher gering ein, sage aber, dass ich beim frühmorgendlichen Treffen dabei sein will, wenn beschlossen wird, wie wir weiter vorgehen. Ein Japaner übersetzt Radiomeldungen für uns. Wir erhalten recht widersprüchliche Informationen. Die deutsche Botschaft sieht keine Gefahr und will auch nichts weiter unternehmen. Ich fühle mich schlecht, weil ich kaum Rückmeldung über meinen Verbleib geben kann, eine vereinzelte Nachricht von einem anderen Handy muss ausreichen.

Die Faktenlage am nächsten Morgen präsentiert sich nicht klarer, doch wir beschließen, die Stadt zu verlassen. Zu viel Ungewissheit und Nervosität. Zugverbindungen soll es anscheinend keine geben, und die Autobahn nach Tokyo hat ebenfalls Schäden. Diese Informationen ergeben sich aus Spekulationen und Gerüchten. Unklarheit gibt es auch darüber, ob wir überhaupt wegkommen können. Andre war am selben Tag per Telefon-Interview im ARD-Brennpunkt zu hören.

Unsere "Fluchtgruppe" spaltet sich zu Beginn; ich laufe wegen meines Gepäcks mit zwei Koreanern und einer Französin zum Bahnhof, während andere das Fahrrad nehmen. Wir reihen uns in eine lange Schlange vor einem Bus nach Yamagata ein, die Nachbarprovinz, in der wir hoffen irgendwie weiter zu kommen. Wir sprechen mit einer japanischen Familie, die ebenfalls versucht die Stadt zügig zu verlassen und uns in unserem Vorhaben bestärkt. Ich kaufe noch schnell Gesichtsmasken und irgendein Jodzeugs. Nach langem Warten steigen wir erleichtert in den Bus. (Am folgenden Tag wird sich die übliche Wartezeit bereits auf zehn Stunden erhöht haben.) Zwei Stunden später kommen wir in Yamagata an; hier

fen muss. Wir sehen, wie der Bus mit zehn freien Plätzen losfährt. Die Stimmung schlägt um, einem Mitglied unserer Gruppe wird das zu viel und läuft weinend weg, es gibt Streit. Diese Irrationalitäten, die in Horrorfilmen immer unrealistisch wirken, prägen im besonderen mein Bild solcher Extremsituationen. Als sich sowohl unsere Gruppe als auch die größere Parallelgruppe wieder zusammenfinden, sind wir zu dreizehnt. Andre steht mit Leuten in Kontakt, die ihm einen möglichen Alternativweg mit einer sechsstündigen Busfahrt in ein kleines Städtchen an der Westküste mit Anbindung an das dort noch funktionierende Schienennetz hat. Während dieser Fahrt kann keiner richtig entspannen oder schlafen. Zum Zeitpunkt



gibt es auch Schäden, aber es gibt Strom und Restaurants. Die Stimmung lockert sich, wir gönnen uns Mittags warme Ramen-Nudeln in einem geöffneten Restaurant. Die Hotline zum Reservieren von Flügen von Yamagata ist überlastet, auf gut Glück zum Flughafen zu fahren, will keine_r riskieren. Die Busse zur Westküste nach Niigata sind zu diesem Zeitpunkt aber bereits für die nächsten zwei Tage ausgebucht.

Der zweite Teil unserer Gruppe bekommt einen späteren Bus und sie haben im Vorfeld Plätze nach Niigata reserviert. Als klar wird, dass die anderen zu spät für ihre Reservierung kommen werden, und wir dem Fahrkartenverkäufer dies erklären, verweigert er uns das Ticket aber damit, dass man es eine Viertelstunde vor Abfahrt kau-

unserer Ankunft fährt auch schon nichts mehr. Wir checken in ein Hotel ein, so dass uns zum ersten Mal seit vier Tagen die Vorzüge von fließendem Wasser und Internet wieder zur Verfügung stehen. Ich lese einige Mails von besorgten Anfragen aus Deutschland und buche parallel einen überteuerten Flug für über 1600 Euro. Es ist schwierig mich dafür zu entscheiden, da es bedeutet, dass ich mich für die letzten zwei Tage von der Gruppe trennen muss und alleine in einem Hotel in Niigata verbringe. Bei der Rückreise geht aber alles gut und ich darf bei der Ankunft am Frankfurter Flughafen meinem Freund in die Arme fallen.

Alexander Koch

Friseur am Kronenplatz

Kaiserstraße 30

| Damen und Herren Trockenschnitt | 9,- | 當 |
|--|--|--|
| Herren | 1237 19 | |
| Maschinenschnitt Waschen & Schneiden Färben/Tönen Haubensträhnen Kammsträhnen Tribel, beide Seiten | 5,- 10,- 10,- 10,- 10,- 10,- | |
| Damen | | |
| Waschen+Schneiden+trocknen | 10,- | |
| (kurz incl. Festiger + Spray) Waschen+Schneiden+trocknen, mittel Waschen+Schneiden+trocknen, lang | 22,50 13,50 ab 15,00 | |
| Föhnfrisur | ab 10,- | |
| Foliensträhnen, 11 Stück Foliensträhnen, 22 Stück Foliensträhnen, 33 Stück Haubensträhnen Kammsträhnen | 10,- 20,- 27,- ab10,- ab 10,- | |
| Färben / Tönen Ansatz Komplett | ab 10,- ab 15,- | |
| Blondieren Ansatz Komplett | ab 15,- ab 20,- | |
| Dauerwelle all inclusive Dauerhaft glattes Haar | ab 44,50 ab 20,00 | |
| Wimpernfärben Augenbrauenfärben | 5,- 5,- | |
| | Trockenschnitt Herren Maschinenschnitt Waschen & Schneiden Färben/Tönen Haubensträhnen Kammsträhnen Tribel, beide Seiten Damen Waschen+Schneiden+Föhnfrisur (kurz incl. Festiger + Spray) Waschen+Schneiden+trocknen, mittel Waschen+Schneiden+trocknen, lang Föhnfrisur Foliensträhnen, 11 Stück Foliensträhnen, 22 Stück Foliensträhnen, 33 Stück Haubensträhnen Kammsträhnen Färben / Tönen Ansatz Komplett Blondieren Ansatz Komplett Dauerwelle all inclusive Dauerhaft glattes Haar Wimpernfärben | Trockenschnitt Herren Maschinenschnitt Waschen & Schneiden Färben/Tönen Haubensträhnen Tribel, beide Seiten Waschen+Schneiden+trocknen Waschen+Schneiden+Föhnfrisur (kurz incl. Festiger + Spray) Waschen+Schneiden+trocknen, mittel Waschen+Schneiden+trocknen, lang Föhnfrisur Foliensträhnen, 11 Stück Foliensträhnen, 22 Stück Foliensträhnen, 33 Stück Haubensträhnen Kammsträhnen Färben / Tönen Ansatz Komplett Blondieren Ansatz Komplett Dauerwelle all inclusive Dauerwelle all inclusive Dauerhaft glattes Haar Maschen+Schneiden+trocknen, mittel 10,- 10,- 10,- 10,- 10,- 10,- 10,- 10,- |

GREENWASHING

Erlebst du es nicht auch oft genug? Du schaust dich um und überall siehst du Werbung; Werbung für Lebensmittel, Werbung für Immobilien, Werbung für dies und Werbung für das. Es mag nicht jeden stören, dass Unternehmen Werbung machen, doch was ist wenn sie Werbung mit etwas machen, das sie nicht sind?

Greenwashing (wortwörtlich: "grünwaschen") ist eine Bezeichnung für Methoden, die auf eine werbewirksame Darstellung als umweltfreundliches Unternehmen abzielen. Wichtig ist, dass Greenwashing allerdings mehr ein umweltfreundliches Image des Unternehmens herzustellen versucht, als das tatsächliche operative Geschäft umweltfreundlicher zu machen. Mit anderen Worten geht es nicht darum wirklich umweltfreundlich zu sein, sondern nur so auszusehen.

Vor allem viel gescholtene Branchen wie die Energie-, oder Verkehrsmittelbranche werben immer massiver mit Umweltfreundlichkeit, dabei ist gerade das tatsächliche Geschäft der Unternehmen dieser Branche meistens ganz und gar nicht umweltfreundlich. Wie können auch Branchen, die immer noch ihre Gewinne auf Grund von schadstoffreichen Verfahren wie der Öl-, und Kohleverbrennung oder der Atomenergie machen, behaupten der Genuss ihrer Produkte sei umweltfreundlich. Es gibt zwar durchaus Möglichkeiten wie regenerative Energien, mit denen der öffentliche Personennahverkehr oder alternative Verkehrsmittel zu einem umweltbewussteren Verhalten beitragen können, allerdings werden diese von besagten Unternehmen kaum genutzt.

Techniken der Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik und Manipulation werden hingegen fast schon zu oft eingesetzt, um dem eigenen Image und den Verkaufszahlen mit Hilfe unlauterer Werbung auf die Sprünge zu helfen. Dies kann teilweise sehr aggressiv geschehen. Viele Unternehmen behaupten mittlerweile fair zu handeln, klimaverträglich

zu sein oder den Welthunger zu bekämpfen. Entweder ist allerdings der Anteil dieser Tätigkeit, gemessen am gesamten Geschäft des Unternehmens, gering oder es gibt ihn gar nicht. Man wirbt vorzugsweise, indem man die umweltfreundlichen Aspekte des eigenen Unternehmens so stark betont, dass die anderen Aspekte überschattet werden. Eine besondere Form des Greenwashing sind Kooperationsprojekte von umweltschadenden Unternehmen mit Partnern mit gutem "Umwelt-Ruf". Ein Beispiel ist hierbei der World Wide Fund For Nature (WWF). Dieser ist die am meisten anerkannte Marke Deutschlands im Bezug auf Umweltschutz, doch in Argentinien arbeitet die Organisation mit dem Gentechnikkonzern Monsanto zusammen. Die Unternehmen finanzieren dabei den Kooperationspartner, woraufhin dieser mit seinem Ruf und möglicherweise sogar aktiv dabei hilft Pläne des Unternehmens umzusetzen. Im Falle des WWF wurde durch die Vereinfachung der Zertifizierung von Genprodukten des Großkonzerns Monsanto eine schädliche Landwirtschaftsbranche (u.a. in Argentinien) geschützt. die unter massiven Schäden für die Landbevölkerung und ebenso großen Schaden für die Umwelt ihr Geld verdient.

Eine in der Öffentlichkeit verbreitete Greenwashing-Kampagne der letzten Jahre war "beyond petroleum" des britischen Mineralölkonzerns bp und die damit verbundenen medienwirksamen Aktionen, wie z. B. die Installation von Solarstromanlagen auf einigen Tankstellen, die durch das "Helios-Symbol", das neue Logo in Form einer grün-gelben Blume, angeführt wurde.

RWE, der Energieerzeuger mit Europas größtem CO2-Ausstoß zeigt sich in einem TV-Werbespot bildlich als grüner Energieriese, der mittels Wasserstrom einen positiven Beitrag für das Klima leistet und Windkraftanlagen wie Bäume aus dem Boden sprießen lässt. Allerdings werden nur zwei Prozent des von RWE produzierten Stromes aus

erneuerbaren Energien hergestellt (deutlich unter dem deutschen Durchschnitt im Strommix), die im Werbevideo gezeigten Gezeitenkraftwerke sind noch lange nicht im Großeinsatz. Der Energieversorger blockiert die Einspeisung von erneuerbarer Energie, da überfällige Investitionen in die Stromnetze seit Jahren fehlen.

Zahlreiche Automobilkonzerne werben dafür. dass man durch die Nutzung ihrer Produkte etwas für die Umwelt tun würde. Tatsächlich schaden diese im Betrieb allenfalls minimal weniger der Umwelt, als bisherige Produktionsreihen. Bis sich der immense Energieaufwand für die Produktion eines Neuwagens mit dem eventuell vorhandenen geringeren Verbrauch amortisiert, vergehen meist viele Jahre, wenn das überhaupt geschieht. Eine Amortisation bedingt zudem eine hohe Kilometerleistung, für die im motorisierten Individualverkehr meist ein viel höherer Energieverbrauch entsteht, als bei anderen Verkehrsmitteln. Mit anderen Worten: man ist stets besser bestellt mit einem Gebrauchtwagen oder noch besser der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad.

Doch so viele Unternehmen es gibt, die ihre Werbekraft für Zwecke der Verschleierung missbrauchen, gibt es auch immer wieder neue Unternehmen mit wirklichen Zielen des Klimaschutzes. Also: beim nächsten Einkauf etwas bewusster handeln und möglicherweise sogar ein paar neue Regeln befolgen. Wie wäre es zum Beispiel mit Nicht-Konsum oder nur dann etwas zu kaufen, wenn man es wirklich braucht? Wollt ihr nicht auch viel lieber Unternehmen unterstützen, die auf die Lebensqualität zukünftiger Generationen achten? Fairtrade, Lichtblick und viele andere Namen lassen sich in der Reihe der Unternehmen finden, die bereits handeln. Sorgt dafür, dass es noch mehr werden, durch eure Unterstützung.

Patrick Haase

Bücher Semester!



24 Stunden: www.kronenplatz.de

Kaiserstraße 18 • 76133 Karlsruhe Tel. 0721/377775 • Fax: 0721/377575

BEWUSST EINKAUFEN

Seit den 70er Jahren nimmt das Interesse an Bio-Produkten immer mehr zu und besonders in den letzten Jahren gab es einen regelrechten Bio-Boom, was dazu führte, dass das Angebot an ebensolchen Lebensmitteln schlagartig zunahm. Sowohl im Positiven als auch im Negativen. Denn wo einerseits die Vielfalt des Angebots wuchs, gab und gibt es eine zunehmend verwirrende Anzahl an Gütesiegeln, Labeln und Warenzeichen, die dem Konsumenten die Natürlichkeit des Produktes näher bringen soll. Denn wo Natur drauf steht steigen die Verkaufszahlen. So kommt es, dass man heute nicht nur in den üblichen Bio-Läden und Reformhäusern Bio-Produkte kaufen kann. sondern auch bei Aldi. Lidl und all den anderen Discountern.

Doch welchen Siegeln kann man trauen? Was kann man mit gutem Gewissen kaufen und wovon sollte man die Finger lassen? Und wo kann man sich zuverlässig informieren? Die geringsten Anforderungen an Lebensmittel, die das Prädikat "bio" oder "öko" tragen dürfen, hat das EG-Biosiegel, das 2009 eingeführt wurde. Wenn ein Unternehmen diese Anforderung einhält und die jährliche Kontrolle besteht, kann es sein Produkt auf freiwilliger Basis mit dem Siegel kennzeichnen. Die festgelegten Kriterien bestehen allerdings aus vielen Ausnahmen und Sonderregelungen:

- Mindestens zu 95% aus ökologischem Anbau, kann ergo aus bis zu 5% des Produktes aus konventionellem Anbau bestehen
- Weitgehendes Verbot chemisch synthetischer Pflanzenschutzmittel und synthetischer Düngemittel
- Gebrauch von Tierantibiotika stark eingeschränkt
- Kein Einsatz gentechnisch veränderter Organismen (GVO). (Unbeabsichtigte Verunreinigungen einzelner Zutaten mit GVO werden bis zu einem Anteil von 0,9% toleriert)

- Mindeststandards für "artgerechte" Tierhaltung

Dadurch, dass die Kriterien so viel Spielraum beinhalten, oder wie man auch sagen könnte so inkonsequent formuliert sind, bietet das Bio-Siegel eine einfache Möglichkeit für Unternehmen mit wenig Aufwand neue Käufergruppen zu erschließen, die sich gerne bewusst ernähren möchten. So ist es kein Wunder, dass das Siegel mit knapp 4.000 Betrieben, die es auf ihren Produkten nutzen, das meistverbreitete und unter Konsument innen bekannteste ist. Im September 2011 gab es schon über 63.000 Produkte mit dem staatlichen Biosiegel, das dem EG-Biosiegel entspricht, auf dem deutschen Markt. (Vergleich Januar 2009: ca. 3.000 Betriebe/ ca. 50.000 Produkte). Welche Alternativen gibt es zu diesem einfachen Siegel? Die Zertifizierungen privater Anbauverbände, wie zum Beispiel Demeter oder Bioland erfüllen mindestens die EG-Anforderungen, haben darüber hinaus aber oft weitere Standards festgelegt. [2] (Vorsicht: Nicht zu verwechseln mit Marken wie zum Beispiel "Edeka Bio", "BioBio", "Biotrend" usw. Denn bei diesen Logos ist das nicht der Fall. Diese sind nur ein Platzhalter für das EG-Logo, erfüllen also nur das Minimum. Beispiel "Edeka Bio" [3]) Im Vergleich zum EG-Biosiegel schließt demeter viele Ausnahmen von vornherein aus. Es wird keine Gentechnik erlaubt. Antibiotika dürfen nicht verfüttert werden, art- und wesensgerechte Tierhaltung (wenn es sowas denn überhaupt gibt; beispielsweise weniger Tiere je Hektar), 100% ökologischer Anbau usw. Dementsprechend aufwendiger ist natürlich auch die Produktion. Generell müssen sich also Verbraucher innen entscheiden, wie konsequent sie ökologisch einkaufen wollen. Auch der BUND empfiehlt die Bio-Produkte der Anbauverbände denen mit EG-Biosiegel vorzuziehen. Online kann man sich über die jeweiligen Kriterien der Anbauverbände informieren und individuell urteilen. Eine Liste aller Anbauverbände gibt es zum Beispiel beim BUND. [4]



Einige Warenkennzeichnungen, von denen man einen ökologischen Bezug erwartet haben könnte, haben überraschend wenig mit "bio" oder "öko" zu tun. Als Beispiel sei hier der WWF-Panda genannt. Zwar beziehen sich die Bewertungskriterien unter anderem auf Ressourcenverbrauch. Belastung von Luft, Wasser und Boden, Gesundheitsgefährdung und biologische Abbaubarkeit, allerdings werden zu dieser Bewertung die Herstellerangaben herangezogen und im Vergleich zu anderen Produkten beurteilt. [5] Des weiteren findet die Vergabe des WWF-Pandas im Rahmen eines Sponsoring-Marketings statt. So wirbt der WWF zum Beispiel auf ihrer Homepage mit "Sympathie, Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Seriosität - dafür steht der WWF gemeinsam mit Ihnen in der Öffentlichkeit." Für diese "Dienstleistung" kassiert der WWF fünf bis zehn Prozent des Einkaufspreises. So kann es dann auch kommen, dass eine Firma, die Wälder auf Borneo rodet, um dort Palmölplantagen zu errichten und dadurch den Lebensraum von Orang-Utans zerstört, vom WWF ein Gütesiegel für nachhaltige Produktion bekommt. [Film: Der Pakt mit dem Panda].

Auch andere Zertifizierungssysteme legen ihre Maßstäbe teilweise zu Gunsten der Wirtschaftsnähe recht niedrig an. Der MSC (Marine Stewardship Council), der sich für nachhaltige Fischerei einsetzen will, erlaubt das umweltzerstörende Fischen mit Grundschleppnetzen. [6] Öko-Test beurteilt nicht, wie suggeriert wird, vorrangig die Ökologie der Produkte, sondern die gesundheitlichen Risiken, Gebrauchstauglichkeit und Funktionalität der Produkte. [7] Ein weiterer Schein sind Schlagwörter wie "umweltschonend", "naturgerecht" oder "kontrolliert". Sie unterliegen keiner Definition, haben also auch nichts zu bedeuten.

Wer also wirklich gut einkaufen will, sollte sichergehen, dass sie_er mindestens Produkte mit dem EG-Biosiegel kauft, besser jedoch noch Produkte von privaten Anbauverbänden. Im Optimalfall kauft man in Biomärkten oder Reformhäusern ein, denn diese legen im Vergleich zu Discountern auch mehr Wert auf Regionalität. Dann muss man sich auch keine Sorgen machen, von verkaufsstrategischen Mogelpackungen geblendet zu werden.

Simon Bläsi

- http://www.biobay.de/artikel/oeko-siegel-teil-2-das-eu-bio-siegel-pragmatische-europa-loe sung
- [2] http://de.wikipedia.org/wiki/Bio-Siegel
- [3] http://www.edeka.de/EDEKA/Content/Eigenmarken/EDEKA/Bio/index.jsp
- [4] http://www.bund.net/themen_und_projekte/landwirtschaft/service/biosiegel
- [5] http://www.label-online.de/label-datenbank?label=293
- [6] http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-09/sdoekosiegel-fischerei/seite-1
- [7] http://www.label-online.de/label-datenbank?label=390

SOFTWARE-ALTERNATIVEN

In der heutigen digitalen Welt benutzen fast alle bestimmte Software-Programme nahezu täglich. Oft sind dies aus Gewohnheit immer die selben. Zum Beispiel, weil eine Software die erste war die benutzt wurde, so wie für die meisten Windows selbstverständlich als Betriebssystem verwendet wird. Tatsächlich gibt es jedoch eine Menge Alternativen. Mittlerweile kennen fast alle Software-Alternativen, wie z.B. Firefox/Chrome zum Internet Explorer, Thunderbird zu MS Outlook oder Bing/Yahoo zu Google. Diese Alternativen sind kein (Geheim)-Tipp mehr. Es gibt aber noch viele weitere Alternativen, von denen in diesem Artikel einige vorgestellt werden. Denn auch im digitalen Leben kann es von Vorteil sein zu diversifizieren, um nicht an einem großen Konzern zu kleben. Was zum Beispiel bei der Geldanlage schon Voraussetzung ist, kann auch bei der Computeranwendung Beachtung finden. Hierbei sind unter anderem Opensource Software eine gute Option. Opensource bedeutet, dass es sich um eine freie Software handelt, in der der Quelltext offen für die Allgemeinheit ist. Das heißt, dass alle, die sich auskennen, als ein Teil einer öffentlichen freiwilligen Community, an der Weiterentwicklung mitarbeiten können.

Betriebssysteme: Ubuntu ist ein Linux-Desktop, das für "durchschnittliche" Computernutzer_innen als Alternative zu den Microsoft Betriebssystemen entwickelt wurde. Es ist kostenfrei und kann ganz einfach auf den Computer installiert werden. Nach der Installation kann der Computer ohne weitere Kenntnisse verwendet werden, d.h. es muss nichts programmiert werden. Alle "selbstverständlichen" Aktionen die man auch von anderen Betriebssystemen kennt (Start, Öffnen, Schließen, Ordner anlegen usw.), funktionieren wie gewohnt. Ist man zu Anfang unsicher, ob ein ungewohntes Betriebssystem für einen geeignet ist, kann Ubuntu parallel zu Windows in-

stalliert und gestartet werden oder über einen USB-Stick getestet werden. Der große Vorteil dieser Opensource Software ist, dass sie stets von der Community verbessert wird. Es gibt keine Vorgabe durch einen Großkonzern sondern viele freiwillige Personen, die dafür sorgen, dass es eine kostenfreie individuellere Alternative gibt. Das ist besonders hilfreich, wenn man ein Problem mit seinem PC hat. Die Ubuntu User und Entwickler innen kommunizieren über ein Forum, was einen offenen Austausch und schnelle unproblematische Hilfe und Lösungen mit sich bringt. Habt ihr schon mal versucht an Microsoft einen Verbesserungsvorschlag zu schicken und dann auch noch erwartet, dass innerhalb kurzer Zeit etwas kostenfrei verbessert wird?

Cloud Services: Eine Alternative zu Dropbox ist Ubuntu One. Dieser Service ist in seiner Grundfunktion kostenfrei, wie Dropbox auch, stellt aber von Anfang an 5 GB zu Verfügung. Zu nutzen ist der Service über mehrere Plattformen. Der Service kann sowohl für Ubuntu und Windows, als auch für Android und iPhone+iPad genutzt werden. Um den Service auch von anderer Hardware zu nutzen, kann natürlich auch die Webseite genutzt werden.

Maps: Zu Google Maps gibt es eine Alternative von Microsoft, allerdings ist das kein neuer Tipp. Was dagegen eine echte Opensource Alternative ist, ist Open Street Map. Gerade für Fahrradfahrer_innen sehr zu empfehlen, ist der Open Route Service, entwickelt an der Uni Heidelberg, welcher auf dem Service von Open Street Map basiert. Hier wird zwischen Mountainbike, Rennrad etc. unterschieden, um die Strecke zu berechnen und berücksichtigt dabei den Boden. Auch hier helfen freiwillige Communities zusammen um das Produkt gemeinschaftlich sehr attraktiv zu machen.

Suchmaschinen: Für Suchmaschinen gibt es zahlreiche Alternativen. Eine, die sich von der Konkurrenz etwas abhebt ist Ecosia. Der Sinn ist, eine klimafreundliche Internetsuche zu gewährleisten, in dem ausschließlich Ökostrom von Greenpeace Energie verwendet wird um die Server in Betrieb zu halten. Ebenso erwähnenswert ist die Suchmaschine von Scroogle. Diese nutzt zwar den Dienst von Google, verbirgt jedoch die persönliche IP-Adresse, da die Suchanfrage über die IP-Adresse von Scroogle von Statten geht. Noch anonymer, denn laut ixquick selbst "die diskreteste Suchmaschine der Welt", ist die Suchmaschine von ixquick. Sie speichert weder die IP-Adresse noch verwendet sie Tracking-Cookies.

Office: Auch für die in nahezu allen Betrieben eingesetzte Office-Software von Microsoft gibt es eine würdige Opensource Software-Alternative, nämlich Libre Office. Wer sowieso ein Google-Konto besitzt, kann auch zur kostenfreien Versi-

on Google Docs greifen. Das ist zwar keine Opensource-Alternative, aber wird immerhin kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Terminfindung: Zum Schluss noch eine echte Opensource-Alternative von der TU Dresden. Bestimmt kennen viele das Terminfindungstool von der Doodle AG. Phonetisch ziemlich ähnlich klingend, nur eingedeutscht geschrieben und von seinen Funktionen her ähnlich ist Dudle. Es ist sehr schlicht gehalten, funktioniert aber einwandfrei. Der Quellcode steht öffentlich zum Download bereit. Es gibt sogar ein kleines Schmankerl, denn die Oberfläche kann mehr oder weniger hübsch personalisiert gestaltet wer-

den. Vielleicht einfach mal bei der nächsten Terminfindung ausprobieren.

Software-Alternativen gibt es einige, viele davon sogar kostenfrei. Wird für eine Software nichts bezahlt, besteht auch eine geringere Bindung zu der Software. Dabei sind gerade die Opensource Programme sehr auf eine fleißige Community angewiesen. Nur so können sie weiterhin eine gute Alternative gegenüber kommerzieller Software bilden und wettbewerbsfähig bleiben. Natürlich heißt all das nicht, dass die gängigen Anwendungen per se schlecht sind. In vielen Fällen lohnt es trotzdem einmal etwas neues zu probieren. Informationen und Hilfe findet man im Internet massig, so dass niemand besorgt sein muss, dass der PC hinterher nicht mehr läuft. Viel Spaß beim Testen!

Rik Amberger



8915-DIZZA.AC Brückenrestaurant Heimservice Heimservice



